

Etwa fünfzig Prozent der guatemaltekischen Bevölkerung erhält keine Gesundheitsversorgung und nur 16 Prozent der Gesamtbevölkerung ist in der Sozialversicherung. In den ländlichen Gegenden ist der Staat teilweise überhaupt nicht präsent. Ein Zustand, der nach Veränderung schreit.

Wie kann unter diesen Umständen ein Solidarprinzip definiert werden? Zwei aktuelle Bezugspunkte zeigen den Stand der Diskussion: Einerseits befindet sich ein Gesetz für die Reform der Sozialversicherung, dem *Instituto Guatemalteco de Seguridad Social* (IGSS) in Vorbereitung. Andererseits hat das Gesundheitsministerium für nicht Versicherte ein kommunales Basisgesundheitsystem (*Sistema Integral de Asistencia de Salud*) eingeführt, welches aber reformbedürftig erscheint.

Die Reformdiskussion der sozialen Sicherung bewegt sich in der Öffentlichkeit um den Streitpunkt „Privatisierung: ja oder nein“. Die Ausweitung der sozialen Sicherung auf den informellen Sektor und später auf ländliche Bevölkerung ist dabei ins Hintertreffen geraten.

Der folgende Artikel von Albrecht Schwarzkopf ist in der Nr. 3/99 der Zeitschrift "presente" der Christl. Initiative Romero CIR (Münster) erschienen.

Die gegenwärtige Situation der sozialen Sicherung

Maria Paz Cainzos ist Krankenschwester und Mitglied in der von der CIR unterstützten Frauengruppe *Asociación de Mujeres Ixquik* in der Nordprovinz El Petén. „Wir sind sehr dafür, dass die Sozialversicherung IGSS auch in unserem Departement eingeführt wird, damit das Gesundheitssystem hier eine breitere Basis erhält und die Versorgungsstufen schwerpunktmässig nicht nur auf kommunaler Ebene bleiben. Mit den Frauengruppen, mit denen wir in 100 Gemeinden der Region zusammenarbeiten sind wir sehr an dem Basisgesundheitsystem SIAS interessiert, aber wir befürchten, dass dahinter eine Privatisierungsabsicht besteht und dass einige Aspekte der SIAS noch genauer durchdacht werden müssen.“

In der Aussage von Maria Paz kommt zum Ausdruck, dass das Reformpotential hinsichtlich der sozialen Sicherung deutlich grösser ist, als die aktuelle Diskussion glauben macht.

In Guatemala wird die Diskussion der Sozialversicherung IGSS aufgrund der Interessenlage in der Hauptstadt sehr eingegrenzt geführt, ohne die Chancen für einen nachhaltigeren Aufbruch zu ergreifen, so wie dies in den Friedensverträgen vorgesehen ist.

Vor allem wecken die Finanzvolumina des IGSS Begehrlichkeiten. Es wird argumentiert, dass die Finanzen der sozialen Sicherung nur dann in Zukunft sicher sind, wenn das IGSS gesundet wird. Verschwiegen wird dabei, dass der Staat als gesetzlich verpflichteter Beitragszahler aufgrund von nicht geleisteten Beiträgen riesige Schulden gegenüber dem IGSS angesammelt hat. Darüber hinaus hat der Staat in der Vergangenheit immer wieder Anleihen beim IGSS aufgenommen, diese allerdings ohne ausreichenden Inflationsausgleich unterverzinst berechnet. Der Staat ist auf Kosten der Sozialversicherung so an billige Kredite gekommen. Von dieser Seite her der Privatisierung des IGSS das Wort zu reden ist grundlos. Richtig wäre in der Tat, dass der Spielraum für Wiederanlage-

möglichkeiten für das IGSS ausgeweitet würde, damit die in Zukunft zunehmenden Anwartschaften eine bessere finanzielle Absicherung haben.

Soziale Sicherung und Gesundheitsbereich

Der Arzt Dr. Juan Carlos Verdugo von dem CIR-Partner ASECSA (*Asociacion de Servicios Comunitarios de Salud*) erklärt, dass bei den Gesundheitsdienstleistungen das IGSS 16 Prozent der Gesamtbevölkerung, das Gesundheitsministerium (MSPAS) 24 Prozent und NGO's und Privatanbieter 14 Prozent abdecken. Über 45 Prozent der Bevölkerung bleiben aussen vor. Juan Verdugo ist wichtig, dass auch qualitative Elemente in die Betrachtung einbezogen werden: „Wenn man die hohe Unzufriedenheit über die Dienstleistungen des IGSS und des MSPAS betrachtet, dann kann es nur eine Minderheit sein, die mit Überzeugung für eine soziale Sicherung nach Solidaritätsprinzipien eintreten kann. Es ist nicht nur eine reine Imagefrage, sondern es kann auch mit Fakten belegt werden, dass es zu hohe Wartezeiten in den Krankenhäusern gibt, dass die Verweildauer zu hoch ist, dass es eine nur geringe Bettenbelegung (60 Prozent) gibt, dass das Gesundheitsministerium stark zentralisiert ist. Es gibt kaum eine Koordination zwischen den Gesundheitsangeboten der Sozialversicherung und den Gesundheitsämtern. Je weiter man in ländliche Gebiete kommt, desto geringer werden die Möglichkeiten, Krankheiten zu kurieren. Fehlende institutionelle Reformen begünstigen Privatisierungsbestrebungen, zumindest liefern sie interessierten Kreisen Argumente.“

Die Forderung nach einer Qualitätsverbesserung ist nicht aus der Luft gegriffen. In der guatemaltekischen Südküstenregion Escuintla sind die Gesundheitsleistungen auf 47 Prozent der Erwerbsbevölkerung ausgeweitet worden. Insbesondere sind Teams für die Basisebene der Gemein-

degesundheit (Erste Hilfe, PromotorInnen, Hebammen) und darauf aufbauend weitere Versorgungsniveaus des Gesundheitsbereichs gebildet worden. Nicht nur, dass die Basisversorgung sich verbessert hat, sondern es gab sogar eine bessere Kostensituation: Aufgrund der Verbesserung und Qualifizierung der Basisversorgung sind die Kosten pro Patient gesenkt worden und ebenso die am häufigsten auftretenden Sterblichkeitsursachen (Durchfallerkrankungen, Krankheiten der Atemwege, die Cholera sowie die Mutter-Kind-Sterblichkeit).

Gemeinde- und Basisversorgung

Besondere Erwähnung in der Beispielregion Escuintla verdienen die lokalen Gesundheitssysteme (*Sistema Integral de Asistencia de Salud, SIAS*). Die SIAS sind an der Südküste aus unterschiedlichen Gründen erfolgreich gewesen:

- (i) sie funktionieren nicht autonom, sondern sind einer Supervision und Fortbildung des Gesundheitsamtes unterstellt und
- (ii) sie sind eingebettet in ein hierarchisches Gesundheitssystem des IGSS und

des MSPAS, so dass die gravierendsten Fälle an die nächsthöhere Versorgungsinstanz (z.B. ins Krankenhaus) überwiesen werden.

Escuintla ist ein positives Beispiel, das zeigt, dass mit bestehenden Mitteln eine spürbare Verbesserung der Gesundheitsversorgung bei Ausweitung des Kreises sowohl der Versicherten als auch der NutzniesserInnen der gesundheitlichen Dienstleistungen erreicht werden kann.

Dieses Modell zeigt, dass es möglich ist, Teile des informellen Sektors mit in die soziale Sicherung aufzunehmen, allerdings nicht mit einem Beitrag von 17 Prozent der Löhne, sondern beginnend mit einem bescheidenen Beitrag von 2,5 Prozent, wie dies ein Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Guatemala durchrechnet. Escuintla demonstriert das vorhandene Veränderungspotential im Gesundheitswesen, insbesondere, wenn die Basisgesundheitsdienstleistungen, die beim IGSS in Escuintla nur 10 Prozent aller Kosten des regionalen Haushalts ausmachen, in ein System verschiedener Ebenen der Versorgung eingebettet sind.

Die zwei Pole

Escuintla hat eine wesentlich dichtere soziale und wirtschaftliche Infrastruktur als der Petén. Somit hat sich Maria Paz mit anderen Problemen herumzuschlagen.

Die Diskussion um die Reform der sozialen Sicherung ist gegenwärtig auf die künftige rechtliche Natur des IGSS verengt. Es wäre von Vorteil, wenn eine Ausweitung der Sozialversicherung auch auf niedrige Einkommensschichten zustande käme, so wie es in Escuintla geschehen ist. Dies würde gesellschaftlich auch den Solidaritätsgedanken stärken. Dies ist nur ein Ansatzpunkt. Der andere Angelpunkt ist, die lokalen Basisgesundheitsysteme SIAS auszudehnen, sie mit Personal, Finanzen und Medikamenten auszustatten und einer leistungsfähigen Supervision zu unterstellen. Zunehmend häufig funktionieren die SIAS in Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen. Auch durch die SIAS wird das Bewusstsein für Vorsorge, soziale Sicherung und Solidarität gestärkt. Vielleicht kann es sogar in einer fernen Zukunft ein Zusammenwachsen von IGSS und SIAS geben.

Keine Kontrolle beim Verteilen von Hilfsgeldern

Zentralamerika, 1. November. Die internationalen Hilfsgelder hätten sich ein Jahr nach dem Hurrikan Mitch ins Nichts aufgelöst, ist die Schlussfolgerung verschiedener Nichtregierungsorganisationen. "Die internationale Hilfe ist nicht gemäss den Bedürfnissen der am meisten Geschädigten verteilt worden" heisst es in einem vom Hilfswerk Oxfam International herausgegebenen Bericht.

Von den insgesamt neuntausend Millionen US-\$ haben Nicaragua und Honduras rund die Hälfte bekommen, der Rest wurde an El Salvador, Costa Rica

und Guatemala aufgeteilt.

Oxfam International kritisiert, dass ein grosser Teil der Gelder in Form von Krediten gesprochen wurde, was die Schuld der einzelnen Ländern noch erhöhe. Spanien z.B. hätte seine Hilfe von 390 Millionen Dollars nur unter der Bedingung gegeben, dass mit spanischen Unternehmen Verträge abgeschlossen worden seien. Und unter "Schuldenerlass" seien nicht Beispiele gemeint wie dasjenige Nicaraguas, dem von Frankreich die Schulden eines Waffenkaufs aus den achziger Jahren erlassen wur-

den, sagt der Bericht weiter. Am effizientesten sei die Unterstützung der Vereinigten Staaten gewesen. Von den rund 600 Millionen Dollars wurde mehr als die Hälfte direkt ausbezahlt, lobt Oxfam.

Schikane an mexikanischer Grenze

San Marcos, 29. Okt. Laut Aedmar Barilly vom "Haus der Migration" in Tecún Uman, werden Frauen, die ohne Papiere die Grenze von Guatemala nach Mexiko überschreiten, von der Migrationsbehörde und der Polizei von Chiapas systematisch schikaniert und missandelt.

Mindestens 90% der lateinamerikanischen Frauen, die ohne Dokumente nach Mexiko einreisen mit dem Ziel, in die Vereinigten Staaten zu gelangen, werden von den mexikanischen Behörden verhaftet und vergewaltigt.

"Dies ist eine Schande für den mexikanischen Staat. Die Frauen werden

nicht nur erpresst, sondern die Beamten können sie sexuell missbrauchen, ohne eine Strafverfolgung befürchten zu müssen", meint Barilly weiter. Da die Frauen die Grenze ohne gültigen Papiere überschreiten, haben sie keine Möglichkeit, eine Anzeige zu erstatten, da sie sonst aufgegriffen und in ihre Heimatländer zurückgewiesen würden.

Die Zustände in Tecún Uman sind weitaus schlimmer als an der Nordgrenze Mexikos zu den Vereinigten Staaten. In einer Woche kommt es am Grenzübergang Tecún Uman zu soviel Vergewaltigungen wie während einem ganzen Jahr an der Nordgrenze.

¡Fíjate!

**Herausgeber:
Verein ¡Fíjate!
2502 Biel**

PC- 30-516068-6

Redaktion und Abos:

¡Fíjate!

c/o Barbara Müller

Bözingenstrasse 33

2502 Biel

Tel. 032/341 90 80

E-Mail:

barbara@bam.links.ch

Jahresabo: 100,- Fr.

Auslandsabo: 120,- Fr.

Förderabo: ab 200,- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntäglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

20. Oktober, Tag der Revolution

Guatemala, 22. Oktober. Mehr als 15'000 Guatemalteken nahmen am Marsch anlässlich des 55-jährigen Jubiläums der Oktoberrevolution 1944 teil. (Die darauf folgenden 10 Jahre von 1944 bis zum CIA-Putsch von 1954 gelten als die einzige demokratische Periode in der jüngeren Geschichte Guatemalas.)

Angeführt wurde die Demonstration von verschiedenen Volks- und StudentInnenorganisationen.

Etwa die Hälfte der TeilnehmerInnen identifizierten sich klar als SympathisantInnen des linken Wahlbündnisses ANN. An der Spitze dieses Blockes marschierten die Präsidentschaftskandidaten der ANN, Alvaro Colom und sein Vize, Vitalino Similox sowie andere KandidatInnen des Bündnisses.

Wie vor vier Jahren die Demokratische Front Neues Guatemala (FDNG) anlässlich der Repatriierung des Reste des "Revolutionspräsidenten" Jacobo Arbenz, wusste dieses Jahr die ANN die Demonstration für ihre Wahlpropaganda zu nutzen. In seiner Rede versprach Colom, der Sieg der Wahlen würde der erste Schritt der ANN in Richtung einer dritten Revolutionsregierung sein (nach Juan José Arévalo und Jacobo Arbenz.)

"Vor 55 Jahren begann für die Bevölkerung Guatemalas der Aufbau einer Neuen Nation. Diesem Prozess wurde nach neun Jahren von der Rechten mittels Staatsstreich ein Ende gesetzt. Damit wurde ein Traum vieler Guatemalteken zerstört," meinte Edwin Ortega von der Einheit für Gewerkschafts- und

Volksorganisationen (UASP). "Dieses Jahr haben die WählerInnen die Möglichkeit, mit konsequenter und bewusster Stimmabgabe, mit der ANN eine alternative Regierung zu wählen, welche den revolutionären und den Friedensprozess weiterführt", schloss Ortega.

Auch in Baja Verapaz, Quetzaltenango und Suchitepéquez fanden am 20. Oktober Demonstrationen statt, die sich in Solidaritätskundgebungen für die ANN verwandelten.

Ausgerechnet Alfonso Portillo, Kandidat der FRG, gedachte ebenfalls der Revolution und versprach während einer Wahlveranstaltung im Department Santa Rosa, das Erreichte der Revolution zu verteidigen.

Flucht eines Häftlings endete tödlich für seine Bewacher

Guatemala, 30. Oktober. Die Flucht eines als "gefährlich" eingestuften Häftlings, die für seine zwei Bewacher tödlich endete, hat eine landesweite Diskussion über die Zustände und Sicherheit in den Gefängnissen ausgelöst.

Dem Häftling José Fernando Carías gelang die offenbar geplante Flucht, als er von zwei Wärtern in einem öffentlichen Autobus von einer Untersuchung im Spital *San Juan de Dios* ins Gefängnis *El Pavón* zurückgeführt wurde. Unterwegs stürmten zwei Männer den Bus, töteten die zwei Wärter und befreiten Carías. Der verantwortliche Offizier, welcher der Autopatrouille befahl, nicht vor dem Spital auf den Häftling und seine zwei Begleiter zu warten, da sie ja in einem Autobus zurückfahren könnten, wurde vorübergehend von der Arbeit suspendiert.

Sowohl Enio Ventura, Präsident der JuristInnen- und MagisterInnenvereinigung, wie der Sprecher der Mission der Vereinten Nationen MINUGUA, Bertrand De Lagrange äusserten sich erstaunt darüber, dass für den Transport

offensichtlich gefährlicher Häftlinge keine ausreichenden Sicherheitsmassnahmen getroffen werden. Ventura sieht darin einen Beweis für die Uneffizienz des guatemalteken Justizsystems.

Adela Torrebiarte von den *Madres Angustiadadas* ist davon überzeugt, dass bei dieser Flucht eine Komplizenschaft der Polizei mit im Spiel war.

Laut der Zeitschrift *El Periódico* gelang im Verlauf dieses Jahres bereits 80 Häftlingen die Flucht.

Nach dem gewaltsamen Tod zweier ihrer Kollegen, hat eine Gruppe von Gefängniswärtern in *El Pavón* mit Protestaktionen gedroht, falls sich ihre Arbeitsbedingungen nicht verbesserten. In erster Linie fordern sie eine Gehaltserhöhung und eine Lebensversicherung, um den Unterhalt ihrer Familien garantieren zu können. Aus ihrem Lohn müssten sie die Uniformen, ihre Stiefel und die Munition für die sowieso nur beschränkt funktionierenden Waffen bezahlen.

Mit den Forderungen der Aufseher von *El Pavón* solidarisieren sich die Angestellten verschiedener anderer Ge-

fängnisse, deren Arbeitsbedingungen ähnlich sind.

Die Gefahr eines Streikes konnte in einem ersten Gespräch zwischen den Wärtern von *El Pavón* und dem Direktor der Strafanstalt, Joel Torres, für den Moment gebannt werden. Es wurde vereinbart, dass Gefangenentransporte in Zukunft nur noch in Polizeifahrzeugen stattfinden. Eine Lohnerhöhung ist laut Torres für dieses Jahr ausgeschlossen, da das Budget bereits ausgeschöpft sei.

Der Innenminister, Rodolfo Mendoza betont, erst aus der Presse von den Forderungen der Gefängniswärter erfahren zu haben, mit ihm selber sei noch kein Kontakt aufgenommen worden. Einen möglichen Streik bezeichnet er als illegal. Er wisse über den mangelhaften Zustand der Waffen und über das Fehlen von Fahrzeugen in *El Pavón*, es sei auch geplant, dem Gefängnis die Infrastruktur der aufgelösten Nationalpolizei zur Verfügung zu stellen. Zur Forderung nach einer Lebensversicherung der Wärter meinte er lakonisch, das sei zu teuer.

Einigung in Landkonflikt

Coatepeque, 25. Oktober. Rund 500 Campesinofamilien aus Cajolá, welche im *Consejo Campesino Kabawil* (CCK) organisiert sind, haben am 18. Oktober zum wiederholten Mal die Finca Coatunco besetzt. BesitzerInnen der Finca sind América und Mariano Arévalo, Verwandte des ehemaligen Präsidenten Juan José Arévalo. Im Moment ist ein Teil der

Finca an den Bananenproduzenten "*La Ponderosa*" verpachtet.

Die BesetzerInnen argumentierten, dass der grösste Teil der Länderei nicht bearbeitet werde. Sie forderten die Intervention von Präsident Alvaro Arzú, damit ihnen ein Teil des Landes zugestanden wird und sie es bebauen können. Ebenso äusserten sie ihr Interesse,

die Finca zu kaufen.

Die Staatsanwaltschaft des Distriktes Coatepeque forderte einen Räumungsbefehl gegen die 500 Familien. Einer der beiden BesitzerInnen, Mariano Arévalo zeigte sich jedoch damit einverstanden, dass die BesetzerInnen auf dem Land bleiben können, solange der Streit vor dem Zivilgericht hängig ist.

Schwelender Grenzstreit zwischen Guatemala und Belize

Guatemala, 22. Oktober. Die Grenzstreitigkeiten zwischen Belize und Guatemala haben in den letzten Wochen an Schärfe zugenommen. Am 12. Oktober gab das Militär von Belize die Verhaftung von vier guatemalteken Brüdern bekannt, die sich ohne Bewilligung auf belizischem Territorium aufhielten. Die offizielle Erklärung Belizes lautete, sie hätten bei einer Razzia im sich auf belizischem Boden befindenden Haus der Guatemalteken illegale Waffen gefunden. Ausserdem stehe einer der Verhafteten unter Mordverdacht.

Auf guatemalteker Seite machten die Verwandten und NachbarInnen der Brüder eine Anzeige beim Menschenrechtsprokurator. Die Soldaten aus Belize seien ins Haus der Familie eingedrungen und hätten die vier Brüder entführt sowie sonstige Familienmitglieder misshandelt. Ausserdem hätten die Soldaten Geld aus dem betreffenden Haus gestohlen. Den Angehörigen sei der Grund für diese Verhaftung nicht bekannt, sie vermuten jedoch, dass ihr belizischer Nachbar, mit dem sie in Landstreitereien stünden, dahintersteckt.

Am 14. Oktober gab der Botschafter Belizes in Guatemala, Mike Mena, bekannt, dass zwei der vier Guatemalteken zur Bezahlung von je 400 Quetzales (rund 50 US-\$) und einer Gefängnisstrafe von je 30 Monaten verurteilt wurden. Die beiden andern seien mit einer Geldstrafe bzw. mit einem Freispruch davongekommen.

Die guatemalteke Regierung, welche sich bis dahin nicht zu dem Vorfall geäussert hatte, akzeptierte das Urteil nicht, mit der Begründung, die Verhaftung durch das belizische Militär sei illegal, da sie auf guatemaltekischem Gebiet stattgefunden habe.

Vorfälle wie dieser sind keine Einzelfälle. Bereits im Juni dieses Jahres wurde bei einem Grenzzwischenfall ein guatemalteker Campesino unter unklaren Umständen von Soldaten Belizes getötet. Solche Vorkommnisse sind, wie der guatemalteke Aussenminister Eduardo Stein treffend formuliert "beunruhigend, da der Ursprung dieser Art von Problemen in den nicht definierten Grenzverläufe liegt."

Die sich häufenden Zwischenfälle

an der gemeinsamen, nicht klar definierten Grenze und die Weigerung der Regierung Belizes, den Grenzstreit vor einem internationalen Gericht zu lösen, hat die diplomatischen Beziehung zwischen den beiden Ländern abkühlen lassen.

Anlässlich des XX. regionalen Gipfeltreffens Mitte Oktober trafen sich Stein und der Vizeminister Belizes, John Briceño, hinter verschlossenen Türen, um eine Lösung des Konfliktes zu diskutieren. In erster Linie geht es darum, dass Belize, dem 1991 vom damaligen guatemaltekischen Präsidenten Jorge Serrano Elías die Unabhängigkeit zugestanden wurde, sich bisher geweigert hat, sein Versprechen einzulösen und Guatemala einen Zugang zum karibischen Meer zu gewährleisten.

Belize bleibt hart in seiner Position. Briceño: "Wir haben zuviel Zeit mit der Suche nach einer juristischen Lösung verschwendet. Für mich sind die gezogenen Grenzen eine Tatsache". Nach den Wahlen in Guatemala würden sie dann mit dem neuen Präsidenten weiterverhandeln, schloss Briceño.

Treibstoffhändler drohen mit Streik

Guatemala, 28. Oktober. Mit einem nationalen Streik drohen Transportunternehmen und Händler von Brennstoffen, falls das Ministerium für Energie und Minen nicht auf ihren Forderungskatalog eingeht.

Bei den Forderungen geht es vor allem darum, dass die guatemalteke Regierung Massnahmen ergreift, um das Monopol der Treibstoffimportmultis wie Shell, Esso und Texaco zu durchbrechen. Die lokalen Händler und Unternehmen würden von diesen nicht berücksichtigt.

Eine weitere Forderung ist die nach einer Überprüfung der Einfuhrzölle. Ausserdem protestieren die Treibstoffhändler

dagegen, dass die oben genannten Multis der Industrie direkt und zu den selben Preisen wie ihnen verkauft.

Bei einem erstes Treffen zwischen den Brennstoffhändlern und dem Ministerium kam es zu keinen definitiven Lösungen. Die Händler erklärten sich bereit, mit einem eventuellen Streik noch zehn Tage zu warten. So lange bräuchten die Behörden, um die Monopolpraktiken der Treibstoffmultis zu analysieren und eine Entscheidung zu treffen. Das Ministerium für Energie und Minen wandte ausserdem ein, dass die Lösung eines Teils der Forderungen nicht in ihren Händen liege. Das Ministerium habe

ein Treffen mit Esso, Shell und Texaco vereinbart, wo dies thematisiert würde.

Wie im Moment alle tagespolitischen Themen, wird auch dieses wahlpropagandistisch ausgeschlachtet. Für Präsident Alvaro Arzú ist es kein Zufall, dass "Aktionen wie das Androhen eines Streikes ausgerechnet eine Woche vor den Wahlen passieren, während im Verlauf meiner Amtszeit keine solchen Vorkommnisse stattfanden." Er ruft die Bevölkerung dazu auf, nicht in Panik zu geraten, in den ersten Novembertagen würden Lösungen für die Forderungen der Treibstoffhändler gesucht.

Universitätsausbildung für PolizistInnen

Guatemala, 1. Nov. Der Innenminister Rodolfo Mendoza und der Rektor der privaten Universität *Rafael Landívar*, Gonzalo De Villa, unterschrieben einen Vertrag über die Einführung eines Universitätskurses mit dem Namen "öffentliche Sicherheit" ab. Das Studium richtet sich sowohl an Privatpersonen wie auch an Mitglieder der Nationalen Polizei; angeboten wird ein Abschluss als TechnikerIn, ein Lizenziat- oder der Magistrattitel.

Interessierte können eine Prüfung machen, aufgrund der entschieden wird, welche Art von Vorbildung ihnen fehlt. Diese kann sowohl an der sozialwissenschaftlichen Fakultät oder auf der eigenen Akademie der Zivilen Nationalpolizei nachgeholt werden.

Bei der Präsentation des Projektes erklärte De Villa: "Wir wollen das Image des "analfabetischen und bestechbaren Polizisten" aufpolieren und aus ihnen studierte Berufsleute machen. Zu frühe-

ren Zeiten wäre so etwas gar nicht möglich gewesen".

Der Innenminister ergänzte: "Ein Schwierigkeit, mit der wir bisher bei der Erneuerung der Polizei zu kämpfen hatten, war, dass wir gar keine Experten in Sachen öffentlicher Sicherheit hatten. Jetzt hat sich das verändert, wir haben Polizeiexperten, die im Ausland ausgebildet wurden. Dies wird sowohl die Friedensabkommen stärken, wie auch die Moral unter den Polizisten erhöhen."

Meinungsumfragen oder Stimmungsmache?

Guatemala, 24. Oktober. Die jüngsten Meinungsumfragen zum Ausgang der Wahlen laden dazu ein, etwas mit den Zahlen zu jonglieren und die verschiedenen möglichen Wahlausgänge in Gedanken durchzuspielen. Die verschiedenen AnalytikerInnen überbieten sich in Prognosen. Die Prozentzahlen und die sich abzeichnenden Tendenzen, lassen die AnalytikerInnen und PrognostikerInnen auf drei mögliche Wahlausgänge spekulieren.

Alle drei Varianten sehen jedoch Alfonso Portillo, Kandidat der *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG) als Wahlsieger und künftigen Präsidenten.

Das erste Szenario, welches Carlos Canteo von der Tageszeitung *Siglo XXI* als das wahrscheinlichste sieht, geht vom Sieg Portillos im ersten Wahldurchgang aus. Der Kandidat der FRG resultiert in den letzten Meinungsumfragen mit bis zu 48% der Stimmen dem absoluten Mehr sehr nahe. Erstaunlicherweise scheint die Popularität Portillos nach dem Skandal um die bereits in Vergessenheit geratenen "Mordfälle von Chilpancingo" sogar noch gestiegen zu sein.

Die Beliebtheit seines Gegenspielers von der *Partei des Nationalen Fortschritts* (PAN), Oscar Berger scheint bei 27% der Stimmen steckengeblieben zu sein. Einzig in der Hauptstadt spricht sich ein grösserer Prozentsatz der Befragten für Berger aus. Offensichtlich hat er in seiner Zeit als Bürgermeister das Vertrauen der StädterInnen gewonnen. (18% aller ins Wahlregister eingetragenen BürgerInnen und somit Wahlberechtigten leben in der Hauptstadt.)

Was die Bürgermeisterkandidaturen der Hauptstadt betrifft, hat Luís Rabbé von der FRG offensichtlich keine grossen Chancen gegenüber dem Kandidaten der PAN, Fritz García-Gallont. Ein Präsident der FRG und ein Bürgermeister der PAN wäre ein Novum, normalerweise gewinnt diejenige Partei, die den Präsidenten stellt auch gleich den Bürgermeistersitz der Hauptstadt.

2. Szenario: Eine zweite Wahlrunde. Die PAN kann in Bezug auf die Präsidentschaft nur noch auf ein Wunder hoffen. Sie könnte höchstens davon profitieren, dass der Kandidat der *Allianz Neue Nation* (ANN), Alvaro Colom, weiterhin Stimmen gutmacht. Würde Colom auf über 15% der Stimmen kommen (im Moment steht er bei den Umfragen auf 8%) und die FRG etwas an Stimmen verlieren, wäre eine zweite Wahlrunde sicher. Die zu erwartenden "Proteststimmen" gegen die PAN von Leuten, die mit den jüngsten Regierungshand-

lungen Arzu's nicht einverstanden sind, werden am 7. November entscheidend sein. (Z.B. die Vereinigung der BerufsfotografInnen mit 35'000 Mitglieder, die durch die neuen Fahrausweise und Pässe, welche offenbar kein Foto mehr benötigen, ihre Arbeit verlieren würden.) Auch wenn zahlreiche der potentiellen PAN-GegnerInnen schlussendlich aus Angst vor den Konsequenzen eines Sieges Portillos doch für die Noch-Regierungspartei stimmen, wäre trotzdem ein zweiter Wahldurchgang nötig. In diesem Falle würden der PAN wohl auch die Stimmen vieler Linken zufallen, nicht aus Sympathie mit der PAN sondern um zu verhindern, dass die FRG gewinnt.

In der Klemme, in der sie sich befinden, hoffen die AnhängerInnen Berbers auf diese Variante und Vertrauen auf die Unentschiedenheit der WählerInnen. Dem widersprechen jedoch die Meinungsumfragen, die belegen, dass die Anzahl der noch Unentschiedenen sehr gering ist. Ein Vertreter dieses Ausgangs ist z.B. Fernando Solís vom Zentralamerikanischen Institut für Politische Studien (INCEP)

3. Szenario: In der linken Ecke befindet sich der Kandidat der ANN, Alvaro Colom, auf ansteigendem Kurs. Er hat nichts zu verlieren sondern kann eigentlich nur gewinnen. Wenn sein Höhenflug nicht nur stabil bleibt, sondern weiterhin steigend ist, besteht die Möglichkeit, dass die PAN sogar auf den dritten Platz zurückfällt.

Dieses dritte Szenario, wenn auch kaum zu glauben, kann nicht ganz ausgeschlossen werden. Es kann damit gerechnet werden, dass ein Teil der bei den Meinungsumfragen interviewten Personen sich nicht trauten, ihre Sympathie für die ANN offen kundzutun. Laut dem Berater der Allianz, Danilo Morales, sollen dies fünf von zehn potentiellen ANN-WählerInnen sein. Dies trifft vor allem auf die ländliche Bevölkerung zu. Auch die Stimmen der FlüchtlingsrückkehrerInnen und der BewohnerInnen der Widerstandsdörfer, die bisher nicht an Wahlen teilgenommen haben, unterdessen jedoch Papiere besitzen und somit wahlberechtigt sind, fallen wohl zu einem grossen Teil Colom und der ANN zu.

Wenn es bei den Wahlen am 7. November eine Überraschung gibt, heisst sie wohl Alvaro Colom. Die Demonstration vom 20. Oktober, welche sich in eine eigentliche Propagandanveranstaltung für die ANN verwandelte, ist ein Beispiel dafür, dass diese Aussen-seiterpartei sehr wohl AnhängerInnen

hat. Nimmt diese Beliebtheit noch zu, würde bei dieser dritten Variante eine zweite Wahlrunde zwischen der ANN und der FRG entschieden.

Egal, welches der drei Szenarien eintritt, die PAN ist die grosse Verliererin der diesjährigen Wahlen, zumindest was die Präsidentschaft anbelangt. Die Situation für den Kongress sieht etwas anders aus.

Laut den Ergebnissen der Meinungsumfragen wird keine Partei die Mehrheit der Sitze im Parlament besetzen, wie das bei der PAN in den letzten vier Jahren der Fall war. Das heisst, wer immer die Präsidentschaft gewinnt, wird gezwungen sein, mit der Opposition zu verhandeln und Allianzen einzugehen. Voraussichtlich wird es sich bei den im Kongress vertretenen Parteien um die PAN, die FRG und die ANN handeln, eventuell noch die FDNG. Bei der letzten veröffentlichten Meinungsumfrage kam ausser diesen keine Partei auf mehr als 2% der Stimmen. Laut guatemaltekischem Parteiengesetz wird eine Partei automatisch aufgelöst und verliert ihre juristische Handlungsfähigkeit, wenn sie bei den Wahlen weniger als 4% der abgegebenen Stimmen erhält.

Generell wird mit einer grossen Stimmabstänzen gerechnet, die je nach Departement variiert. In städtischen Gebieten, wo die Leute besseren Zugang zu den Wahllokalen haben, wird die Beteiligung wohl höher sein.

Im Departement San Marcos z.B. wird mit einer sehr grossen Stimmenthaltung gerechnet. Viele BewohnerInnen San Marcos migrieren für den Monat November nach Chiapas, wo sie als PflückerInnen in der Kaffeeernte arbeiten. Durch die starken Regenfälle in den letzten Wochen wird die Ernte vorangetrieben, und die Plantagenbesitzer sind nicht bereit, ihren guatemaltekischen ArbeiterInnen für das Wahlwochenende frei zu geben. Unter dem Verlust dieser WählerInnen wird wohl am meisten die ANN zu leiden haben, weshalb sie eine Revision des Wahlgesetzes fordert, die solche Aspekte berücksichtigt.

Auch der Kongress der guatemaltekischen Organisationen in den USA (Guatenet), bedauert, dass es kein System gibt, welches im Ausland lebenden guatemaltekischen BürgerInnen erlaubt, ihre Stimme abzugeben. In den USA leben rund 1,2 Millionen GuatemaltekInnen. Hätten diese Leute die Möglichkeit zu wählen, könnten sie sich zu einer beachtlichen politischen Kraft in Guatemala entwickeln.

Notizen aus dem Wahlkampf

Guatemala, 21. Okt. - 3. Nov.

Im Petén häufen sich die Angriffe auf AktivistInnen der ANN. Es sei an dieser Stelle an die vorübergehende Entführung des Sohnes eines Aktivisten und an die Ermordung des stellvertretenden URNG- Sekretärs in Melchor de Mencos erinnert.

BewohnerInnen verschiedener Gemeinden, darunter "Las Josefinas" und "Dos Erres", die SympathisantInnen der ANN sind, wurde von ehemaligen Zivilpatrouillisten und FRG-Mitgliedern gedroht, im Falle eines Sieges der FRG würden sie umgebracht.

Das jüngste Ereignis ist die vorübergehende Entführung, Bedrohung und Vergewaltigung einer minderjährigen Verwandten des ANN- Kampagneleiters in Santa Elena, Petén, durch sechs, sich offen als Mitglieder der FRG ausgebende Männer. Die Angreifer drohten dem Mädchen, sie und ihre Familienghörigen umzubringen, falls sie den Vorfall bei der Polizei anzeige. Sie wurde schon bei einer früheren Gelegenheit von den selben Männern bedroht.

In einer Stellungnahme zu diesem Vorfall sagte Alvaro Colom, Präsidentschaftskandidat der ANN, solche Ereignisse erinnerten an die dunkelsten Zeiten der Repression, als die Leute, die sich für soziale Gerechtigkeit einsetzten, vom repressiven Staatsapparat verfolgt und gequält wurden. Colom fordert vom Präsidentschaftskandidaten der FRG, Alfonso Portillo, sich öffentlich dazu zu verpflichten, eine Untersuchung einzuleiten und Massnahmen zu ergreifen, damit sich solche Vorfälle nicht wiederholen.

Die sofort eingeschaltete UNO-Mission für Guatemala MINUGUA, untersucht das Geschehnis und schliesst ein politisches Motiv nicht aus.

Noch ein paar Zahlen: Im ganzen Land werden am 7. November insgesamt 7601 Wahlurnen aufgestellt, die jede von vier Personen bewacht werden. 4,2 Millionen GuatemaltekinInnen haben sich ins Wahlregister eintragen lassen und sind somit wahlberechtigt. Das sind rund 13% mehr als bei den Wahlen 1995. 28% dieser WählerInnen sind unter dreissig Jahren alt, 46% sind zwischen dreissig und fünfzig Jahren alt. 31% sind AnalphabetInnen, 58% sind Männer. 18% aller eingetragenen WählerInnen stammen aus der Hauptstadt, im Vergleich zu 1,4% aus El Progreso.

20'850 KandidatInnen bewerben sich um einen der insgesamt 3497 zu vergebenden Sitze. Ausser dem Präsidentschafts- und Vizepräsidentschaftsitz geht es um 113 Kongressplätze, 40 Sitze im Zentralamerikanischen Parlament (PARLACEN), 330 BürgermeisterInnenämter und 3012 Gemeinderatssitze.

MINUGUA wird insgesamt 400 WahlbeobachterInnen stellen und 250 der 330 Gemeinden abdecken. Es sind dies Gemeinden, in denen am ehesten mit Unruhen während und kurz nach den Wahlen zu rechnen ist. Ebenfalls rund 400 BeobachterInnen werden von der Menschenrechtsombudsstelle (PDH) gestellt. Die PDH rechnet ausserdem mit der Unterstützung von ca. 500 freiwilligen StudentInnen. Daneben wird die *Organisation Amerikanischer Staaten* (OEA) Abgeordnete zur Wahlbeobachtung delegieren. Von den verschiedenen sozialdemokratischen Parteien, Menschenrechtsorganisationen und Solidaritätsgruppen aus Amerika und Europa werden rund 100 Personen den Wahlprozess begleiten.

Das guatemalteckische Wahlrecht verbietet, in der letzten Woche vor den Wahlen Propaganda zu machen. Die Leute sollen sich in dieser Zeit in Ruhe eine eigene Meinung bilden, ohne von den Wahldiskursen verwirrt zu werden... Deshalb haben die einzelnen Parteien am Wochenende ihre Kampagnen beendet und sich noch ein letztes Mal öffentlich gegenseitig beschimpft.

Als erste rief am Samstag, 30. Oktober die Regierungspartei PAN ihre AnhängerInnen auf der *Placa de la Constitución* zusammen. Hauptthema der Veranstaltung war die Gegnerpartei FRG, deren Kandidat Alfonso Portillo und deren Generalsekretär Efraín Ríos Montt, sowie die ehemaligen Militärs und Zivilpatrouillisten, welche für diese Partei kandidieren.

"Wir sind die Partei des Friedens und nicht die Partei des Krieges", erklärte Héctor Cifuentes, Generalsekretär der PAN in seiner Rede. "Als gute Bauern, werden wir zu verhindern wissen, dass in der neuen Regierung Unkraut wuchert", meinte Emilio Saca, Kandidat für den Kongress. Die Vizepräsidentschaftskandidatin, Arabello Castro, die vom Moderator des Anlasses mit Margaret Thatcher verglichen wurde, ging noch weiter: "Das einzige, wozu uns die FRG

einlädt ist, in die dunkle Vergangenheit zurückkehren. Und das wollen wir nicht."

Am Sonntagmorgen war dann die *Placa de la Constitución* von Tausenden von AnhängerInnen der FRG bevölkert, um dem Schluss der Kampagne ihrer Partei beizuwohnen. Die Reden der einzelnen Kandidaten liefen alle unter dem Motto: "Wir sind eine Partei für alle GuatemaltekinInnen, wir werden den Mord an Bischof Gerardi aufklären, wir werden die Menschenrechte einhalten, wir wünschen uns starke Gewerkschaften", etc. Die FRG äusserte sich überzeugt davon, dass sie in der ersten Wahlrunde gewinnen werde.

Am Sonntagnachmittag beendete dann auch die ANN ihre Wahlkampagne auf dem selben Platz. "Die Parteien der Rechten verfügen zwar über finanzielle Mittel, über die Kontrolle der Gesellschaft und der Medien, doch keine besitzt, was die ANN hat: RevolutionärInnen", meinte Jorge Soto (Pablo Monsanto) in seiner Rede.

Zum Schluss der Aktivität der ANN wurden allen Anwesenden Kerzen verteilt und symbolisch das "Licht der Hoffnung" angezündet.

Vermutlich aus Militärkreisen stammt ein Dokument, das von einem geplanten Wahlbetrug unter der Verantwortlichkeit des Verteidigungsministers Marco Tulio Espinosa spricht. Weiter seien der Leiter des Verteidigungsgeneralstabs, Mario Roberto Cruz González, der Chef des Präsidialen Generalstabs, Rudy Pozuelos sowie weitere hohe Regierungsfunktionäre in den Komplott verwickelt.

Das Dokument will den Aufbau einer politisch-militärischen Struktur beweisen, deren Ziel die politische Manipulierung zugunsten der Regierungspartei sein soll.

Der Verteidigungsminister distanziert sich von einem solchen Plan: Weder er persönlich noch die Institution die er leite, seien in so etwas verwickelt. Das Militär sei sich im Klaren darüber, dass sie der politischen Macht unterstellt sei, unabhängig davon, ob diese die PAN oder die FRG sei.

Für den Wahlsonntag selber haben die Angehörigen des Militärs den Befehl, während dreissig Stunden in den Kasernen zu bleiben. Weder Militärfahrzeuge noch uniformierte Personen dürfen sich ausserhalb der Kasernen bewegen.